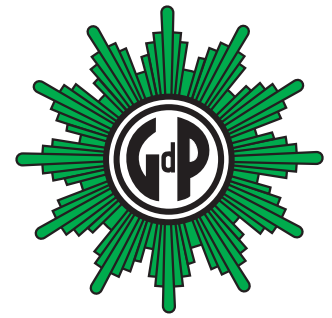


Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

3. März 2014

Ausgabe 04/2014



Gewalteskalation gegen Polizei in Hamburg beschäftigt den Landtag

Auf Antrag der CSU waren die gewalttätigen Krawalle in Hamburg, in Zuge derer eine hohe Zahl von verletzten Kolleginnen und Kollegen zu beklagen war, Mitte Februar Thema einer aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag. 120 zum Teil schwer verletzte Kollegen, davon etwas mehr als die Hälfte aus Bayern, müssen als zwischenzeitlicher, trauriger Höhepunkt einer immer besser organisierten Gewalteskalation bezeichnet werden, die sich ganz gezielt gegen Polizeibeamte richtet. Der Vorsitzende des Innenausschusses im Bayerischen Landtag, Dr. Florian Herrmann (CSU) sprach allen verletzten Kollegen sein Mitgefühl sowie die Solidarität des bayerischen Parlaments aus. Er bezeichnete Angriffe wie die von Hamburg als schweren Tabubruch, über den die Gesellschaft nicht hinwegsehen dürfe. Die Polizei dürfe daher mit Recht die Rückendeckung der Politik sowie der Gesellschaft einfordern. Und wenn - wie in Hamburg offenbar wurde - Defizite bei der Ausrüstung der Bayerischen Polizei bestehen, könne sich der Landtag nicht wegduckern, sondern werde im Nachtragshaushalt die notwendigen Mittel für einen überarbeiteten Einsatzeinzug und bessere Einsatzmittel wie Oberschenkelprotektoren und RSG 4 bereitstellen. Dies sagte auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Peter Winter (CSU) zu. Dr. Herrmann zitierte in seinem Beitrag auch einschlägige linke Foren, in denen in erschreckender Weise vorsätzlich zu strategischer Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen wird und in denen zum Teil menschenverachtende Formulierungen gegenüber Polizisten gemacht werden.

Auch die Opposition stellte sich ausdrücklich hinter die verletzten Kollegen und verurteilte die massiven und vorsätzlichen Angriffe scharf. Prof. Dr. Peter-Paul Gantzer (SPD) beklagte die insgesamt hohe Zahl im Dienst verletzter Polizeibeamter. Die

übertriebene Nutzung von brutalen Computerspielen, der viel zu hohe Konsum von Alkohol, der sich durch den Wegfall von Sperrstunden noch gesteigert hat, tragen dazu bei, dass die Polizisten vermehrt auf aggressive und respektlose Bürger treffen. Hier müssen Staat und Politik offensiver entgegenwirken, indem sie Gesetze verschärfen bzw. bestehende Vorschriften schärfer anwenden. Außerdem müsse der Dienstherr vorangehen und im Dienst verletzte Kollegen besser schützen und unterstützen. Der schon lange geforderte bessere dienstliche Rechtsschutz müsse also Realität werden.

Auch Bernhard Pohl von den Freien Wählern schloss sich dem Tenor der Vorredner an und verurteilte die Gewalt gegen Polizei von linker wie von rechter Seite. Pohl verwies auf einen Antrag der FW, der ebenfalls darauf abzielt, den verletzten Kollegen durch den Dienstherrn jeglichen Schaden direkt auszugleichen. Gerade wenn solch massive Angriffe auf Polizeibeamte zunehmen, dürfe sich der Staat nicht von seiner Fürsorgepflicht zurückziehen.

Als letzter Redner sprach auch Innenminister Joachim Herrmann nochmals seine Erschütterung über die Übergriffe in Hamburg aus und versprach, die Defizite in der Einsatzbekleidung und -ausrüstung einer Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls schnellstmöglich Verbesserungen einzuleiten. Eine Projektgruppe ist mittlerweile mit der Konzipierung eines überarbeiteten Einsatzanzuges beauftragt. Die GdP verfolgt diese Diskussion mit größtem Interesse

und wird sowohl die Staatsregierung als auch die Oppositionsparteien darauf hinweisen, dass es nicht damit getan ist, mit Worten Solidarität mit den Bayerischen Polizeibeamten zu zeigen, sondern dass erst Taten im Sinne von erheblich besserer finanzieller Unterstützung den bayerischen Polizeibeamten wirklich helfen.



Eine Aktion der Gewerkschaft der Polizei · www.gdp.de

GEWALT



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow im Interview mit dem Polit-Magazin „Cicero“ zu diesem Thema:

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_CICERO-Interview

GdP: Urteil im Augsburger Polizistenmord richtiges Signal

Die Gewerkschaft der Polizei Bayern begrüßt das im Augsburger Polizistenmord gesprochene Urteil ausdrücklich als richtiges Signal, so dass der kaltblütige Mord an einem unserer Kollegen nicht ungesühnt bleibt. Die GdP begrüßt ebenso, dass das Gericht für den Angeklagten über die volle Haftstrafe von 15 Jahren hinaus die anschließende Sicherungsverwahrung ausgesprochen hat. Laut GdP-Landesvorsitzendem Helmut Bahr ist das Urteil für die Kolleginnen und Kollegen ein klares Zeichen, dass der Einsatz der Bayerischen Polizeibeamten, die ihren Dienst zum Schutz der Bürger dieser Gesellschaft tun, von allen Ebenen dieser Gesellschaft geschützt wird.

GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr: „Das Augsburger Landgericht hat mit diesem Urteil die angemessene Ahndung des

skrupellosen Mordes an Matthias Vieth und der schweren Verletzung seiner Streifenpartnerin ausgesprochen. Ganz allgemein kann dies die einzige Antwort auf einen kaltblütigen Mord an einem Menschen sein, der repräsentativ für den Staat seinen Dienst am Bürger leistet.“

Zugleich soll es auch Warnung für diejenigen sein, die in der Polizei in zunehmendem Maße ein Ziel für zügellose und enthemmte Gewaltanwendung aus niedrigen Beweggründen sehen. Das Urteil bestätigt das gesunde Rechtsempfinden des Bürgers und setzt auch ein Signal für einen wehrhaften Staat. Für die Angehörigen bringt es den toten Ehemann und Vater nicht zurück, aber zumindest die Gewissheit, dass eine solche skrupellose Tat vom Gericht als brutale Hinrichtung erkannt und geahndet wurde.

Innenminister Herrmann begrüßt Urteil im Fall Mathias Vieth

Pressemeldung des Bayer. Innenministeriums vom 27.02.2014

Als ‚absolut angemessen und nötig‘ hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann das Urteil gegen einen der Mörder des Augsburger Polizisten Mathias Vieth begrüßt. „Für die Bevölkerung und besonders für die Hinterbliebenen ist es wichtig, dass der Täter nach dieser unfassbar brutalen Tat nicht nur die gerechte lebenslange Freiheitsstrafe erhält, sondern das Gericht auch die anschließende Sicherungsverwahrung verhängt hat. Einen skrupellosen Polizistenmörder, der bereits im Jahr 1975 einen Polizeibeamten erschossen hat, darf man nicht mehr frei herumlaufen lassen.“

Herrmann sagte, die Kaltblütigkeit dieser Tat mache ihn heute noch fassungslos. „Die Täter hatten ihr Opfer regelrecht hingeworfen. Dieses unfassbare Verbrechen hat weit über die Grenzen

des Freistaats hinaus Entsetzen ausgelöst.“ Der Innenminister hofft auch für den zweiten Täter, dessen Gerichtsverfahren abgetrennt wurde, auf eine harte Strafe.

Herrmann erinnerte noch einmal an den ermordeten Polizeihauptmeister Mathias Vieth. Es liege ihm besonders am Herzen, der Familie und den Angehörigen seine ganze Solidarität zu bekunden: „Mathias Vieth hat für unsere Gesellschaft das Wertvollste gegeben – sein Leben. Wir werden ihn nie vergessen.“ Herrmann dankte zugleich der Augsburger Kriminalpolizei für ihre konsequenten und erfolgreichen Ermittlungen. Nur dadurch war die Festnahme der Täter und die überzeugende Beweisführung im Strafprozess möglich.

Drogenfund in Kempten - keine Schnellschüsse

Große Wellen schlägt der Drogenfund beim Leiter der Kemptener Drogenfahndung, nicht nur medial. Auch im Landtag gibt es bereits zwei Berichtsanträge an die Staatsregierung. Die Ermittlungen laufen derzeit auf Hochtouren und sind im Hinblick auf eine vernünftige Aufklärung nicht „binnen zweier Wochen“ zu führen, auch wenn das mancher öffentlich fordert. Solchen Aktionismus lehnt die GdP Bayern ab. Im Interesse einer soliden kriminalpolizeilichen Arbeit sollte hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit die Maxime sein. Erst wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, ist ggfs. ein entsprechendes Fazit zu ziehen. Alles andere ist reine Spekulation und ist für eine allumfängliche Aufarbeitung und Aufklärung nicht hilfreich und nicht zielführend.

GdP begrüßt Einigung zum europäischen Haftbefehl

Als einen „wichtigen Schritt für eine bessere europäische Strafverfolgung“ hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, die am Donnerstag vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommene Europäische Ermittlungsanordnung (europäischer Haftbefehl), bezeichnet.

Malchow: „Durch den zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament gefundenen Kompromiss bleiben die rechtsstaatlichen Grundsätze gewahrt. Eine Haft im europäischen Ausland wird es für Bundesbürger nur in schwerwiegenden Fällen geben. Damit bleibt ein Ausgleich zwischen dem berechtigten Interesse an einer besseren grenzübergreifenden Ermittlungsarbeit einerseits und einem effektiven Schutz der Beschuldigtenrechte und Verfahrensstandards gewahrt.“

Die Richtlinie für eine Europäische Ermittlungsanordnung soll es Mitgliedstaaten ermöglichen, zur Bekämpfung grenzüberschrei-

tender Kriminalität Ermittlungen in anderen Mitgliedstaaten zu veranlassen oder Ermittlungsergebnisse anzufordern.

Der Ministerrat hatte der zentralen Forderung des Innenausschusses nach einem Grundrechtsvorbehalt nachgegeben: Es muss immer einen Zurückweisungsgrund geben, wenn die ersuchte Maßnahme nicht genauso auch innerstaatlich hätte angeordnet und durchgeführt werden können. Zudem hatte sich der Innen- und Rechtsausschuss mit seiner Forderung nach einer Zurückweisungsmöglichkeit nach Prüfung der Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme durchgesetzt, wobei vor allem der effektive Grundrechtsschutz der Betroffenen zu beachten ist.

Der GdP-Chef weiter: „Die nächsten Schritte müssen eine Anpassung der Strafrechtssysteme und die Einrichtung multinationaler operativer Ermittlungseinheiten sein, damit der Raum der Freiheit und des Rechts nicht von Kriminellen genutzt werden kann.“

Neue Dienstkleidung der Bayerischen Polizei

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 03.03.2014

Beim Vorauswahlverfahren für die neue Uniform der Bayerischen Polizei haben Uniformteile der österreichischen und der baden-württembergischen Polizei die größte Sympathie der 550 befragten Polizistinnen und Polizisten aus ganz Bayern gewonnen. Wie heute Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bekannt gegeben hat, wertet der Zentrale Psychologische Dienst der Bayerischen Polizei nun bis Ende März alle Rückmeldungen der Befragungsteilnehmer detailliert aus. „Dieses Ergebnis dient uns als Grundlage für die Entscheidung, welche Kleidungsstücke wir im Einzelnen beim Trageversuch ab August 2014 testen“, erläuterte Herrmann. Der Trageversuch mit rund 500 bayerischen Polizisten in ganz Bayern soll mit der Hitze im Sommer, der Nässe im Herbst und der Kälte im Winter alle Wetterbedingungen für die neue Uniform abdecken. „Dabei wird dann auch die Bevölkerung erstmals die Gelegenheit haben, im täglichen Kontakt das mögliche künftige Erscheinungsbild der Bayerischen Polizei zu erleben“, so der Innenminister.

Die eigens für die Einführung der neuen Polizeiuniform eingerichtete Projektgruppe hat seit dem 17. Februar 2014 an zwei Standorten der Bereitschaftspolizei das Vorauswahlverfahren durchgeführt. Die 550 Polizeibeamten wurden repräsentativ von allen Präsidien der Bayerischen Polizei ausgewählt. „Unser Ziel ist, die Polizistinnen und Polizisten möglichst umfassend an der Entwicklung der neuen Polizeiuniform zu beteiligen“, betonte Herrmann.

Die Teilnehmer des Auswahlverfahrens hatten die Möglichkeit, mit einem speziellen Fragebogen aus dem bestehenden Uniformsortiment aller deutschen Bundesländer, der Bundespolizei und der Nachbarstaaten Österreich, Italien und der Schweiz Funktionalität, Passform, Schnitt und zeitgemäßes Design der

Uniformen selbst genauer unter die Lupe zu nehmen. Beratend zur Seite standen ihnen dabei Bekleidungsexperten, Arbeitsmediziner sowie Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Polizeiliches Einsatzverhalten sowie besonders geschulte Kolleginnen und Kollegen.

Laut erster vorläufiger Auszählung haben sich bei der Außendienst-Uniform über zwei Drittel der befragten Polizistinnen und Polizisten für das Modell der österreichischen Bundespolizei entschieden. Über zehn Prozent stimmten für die baden-württembergische Außendienst-Uniform. Die gleiche Reihenfolge ergibt sich auch bei den Konzepten der Innendienst-Uniformen. Dort liegt mit fast der Hälfte ebenfalls das österreichische Modell in der Gunst der Polizisten vorne, Baden-Württemberg folgt mit etwa 20 Prozent. Bei einzelnen Bekleidungsstücken wie Dienstmützen oder Stickjacken liegen aber auch die Modelle anderer Länder vorn. Einen Überblick zu den Uniformmodellen bietet unser Internetauftritt unter www.stmi.bayern.de.

Im Dezember 2013 hat Herrmann die Projektgruppe ‚Neue Dienstkleidung der Bayerischen Polizei‘ unter der Leitung des Polizeivizepräsidenten Anton Scherl vom Polizeipräsidium Niederbayern eingerichtet. „Wir wollen für unsere 26.000 uniformtragenden Polizistinnen und Polizisten modernste Textilien mit hohem Tragekomfort“, fasste Herrmann das Projektziel zusammen. Der Schwerpunkt liege auf den hohen Anforderungen des Außendienstes. Die Frage der Uniformfarbe werde erst am Ende des Trageversuchs im Frühjahr 2015 entschieden. Herrmann: „Auch dazu werden wir unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten einbinden.“ Die neue Uniform der Bayerischen Polizei soll 2016 eingeführt werden. Herrmann rechnet mit einem Kostenvolumen von rund 30 Millionen Euro.

GdP bei DGB-Bezirkskonferenz in Augsburg

Drei Delegiertenmandate standen der GdP für die Bezirkskonferenz in Augsburg zur Verfügung. Karin Peintinger, Christl Kern und Peter Schall nahmen diese Funktion wahr und wählten auch den DGB-Chef Bayerns, Matthias JENA, der mit 98 von 100 Delegierten-Stimmen wieder gewählt wurde.

Auch die Regionsvorsitzenden wurden satzungsgemäß von der Bezirkskonferenz bestätigt, ihre Wahlergebnisse lagen zwischen 86 und 99 Stimmen.

Ein weiterer Höhepunkt neben den Wahlen war die Rede des bayer. Ministerpräsidenten Horst Seehofer und natürlich auch die Abschiedsrede des Bundesvorsitzenden Michael Sommer, der eine Bilanz seiner Amtszeit zog. Zu Beginn seiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender wurden die Gewerkschaften als „Übel der Zeit bzw. als Relikt aus längst vergangenen Zeiten“ bezeichnet, mancher Politiker forderte gar deren Abschaffung, obwohl die Koalitionsfreiheit als Grundrecht im Grundgesetz steht. Inzwischen ist diese Kritik verstummt, weil man sehen konnte, wohin der sog. Neoliberalismus geführt hat. Diejenigen, die lautstark

den Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Belangen gefordert hatten, waren die ersten, die nach Rettungsschirmen für die infolge der Finanzkrise stark angeschlagenen Banken gerufen hatten. Insofern wird der DGB inzwischen wieder als Interessen-

vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen angesehen und die Politik musste erkennen, dass eine Politik gegen 80 % der Bevölkerung nicht zu machen ist.

Die GdP hatte natürlich auch Anträge zur Bezirkskonferenz erstellt. Der Antrag zur Ballungsraumzulage wurde als Tarifforderung seitens der ABK zur Nichtbefassung vorgeschlagen, soll aber zum Thema des nächsten Spitzengesprächs mit dem Bayer. Finanzminister werden. Angenommen wurden die Anträge zur Freistellung der Gleichstellungs-

beauftragten in den Polizeipräsidien sowie zur Wiedereinführung der Altersteilzeit im Tarifbereich. Der Antrag zur ATZ richtet sich an zwei Adressen, einmal an den bayer. DGB-Vorstand zur Besprechung im Spitzengespräch, zum anderen aber auch an den DGB-Bundesvorstand zur Erstellung einer politischen Initiative, um ein erneutes ATZ-Gesetz zu bekommen.



DGB-Vorsitzender Bayern Matthias Jena

GdP weist Vorwürfe gegen das BKA und Präsident Ziercke zurück

Als „nicht hinnehmbar“ hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, die Beleidigungen und Unterstellungen aus Linkspartei und FDP gegen das Bundeskriminalamt (BKA) bezeichnet. Malchow: „Die Äußerungen sind Ausdruck tiefster Ahnungslosigkeit, gepaart mit schlechter Kinderstube.“ Dagegen sei die



GdP-Bundesvors. Malchow verteidigt BKA-Präsident Ziercke

Erklärung von BKA-Chef Jörg Ziercke, warum die Ermittler den Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy auf der Liste von 800 Kunden eines kanadischen Kinderporno-Händlers nicht gesondert behandelt hätten, „absolut plausibel“. Der GdP-Bundesvorsitzende

weiter: „Mittlerweile muss die Polizei in solchen und zahllosen anderen Verfahren Datenmaterial in Terabyte-Größenordnungen durchsuchen und tausende Verdächtige überprüfen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert seit Jahren mehr Personal und eine bessere Ausstattung, um diese Aufgaben zeitnah bewältigen zu können. Zumindest die FDP, als sie noch in der Regierungsverantwortung war, hätte sich dafür einsetzen können, was sie aber nicht tat.“

Malchow: „Wir suchen in solchen sichergestellten Materialien nicht nach Prominenten, sondern nach Straftätern. Im Vordergrund steht die Härte des bestellten oder heruntergeladenen Materials schon allein deshalb, um mögliche Opfer schneller zu identifizieren und womöglich retten zu können. Die Verfolgung der Täter geschieht ohne Ansehen der Person.“

Als „absurd“ bezeichnete der GdP-Chef die Verschwörungstheorien, die in die Welt zu setzen sich selbst namhafte Politiker derzeit nicht zu schade seien. Malchow: „Soll die Polizei bei sol-

chen Ermittlungen künftig zunächst nach Bundestagsabgeordneten Ausschau halten?“ Die GdP weist auch mittlerweile von den Grünen gestellte Rücktrittsforderungen an den Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, zurück. Malchow: „Es ist nicht erkennbar, dass der BKA-Chef als oberster Dienstvorgesetzter falsch gehandelt hat, im Gegenteil. Wenn für die Grünen die Wahrung von Dienstgeheimnissen, wie im Fall Friedrich, von herausragender Bedeutung ist, dann ist es unglaublich, wenn im Fall Ziercke nun das Wahre eines Dienstgeheimnisses zum Rücktrittsgrund erhoben wird.“

Das Kesseltreiben gegen eine Behörde, deren Arbeit international ebenso anerkannt sei, wie die Reputation ihres Präsidenten, müsse endlich aufhören, so der GdP-Chef. Malchow: „Es ist abenteuerlich, wie sich selbst Abgeordnete, die immerhin die gesetzgebende Gewalt darstellen, sich an den unsinnigsten Verschwörungstheorien beteiligen.“

Es sei schließlich nicht vorwerfbar, wenn einer Mitarbeiterin der Name eines Kollegen geläufiger ist, als der Name eines zu diesem Zeitpunkt noch wenig prominenten Politikers. Es mag dem Selbstbild einiger Politiker nicht entsprechen, aber ein Polizist hat anderes zu tun, als die Namen aller Volksvertreter auswendig zu lernen..“

Malchow bezeichnete es als einen „schlechten Witz“, dass ausgerechnet Linkspartei, Grüne und Teile der FDP den Sicherheitsbehörden heute vorwerfen, nicht alles und nicht sofort zu wissen oder gewusst zu haben. Malchow: „Jahrelang leisteten gerade diese drei Parteien jeglichen Widerstand gegen eine rechtliche, personelle und technische Ausweitung der Möglichkeiten, schwere Kriminalität im Internet zu bekämpfen. Nicht zuletzt die von ihnen verantwortete Verschleppung der Vorratsdatenspeicherung hat die deutschen Sicherheitsbehörden auf dem Gebiet der Internetkriminalität in Verzug gebracht. Darunter leidet auch und gerade der Kampf gegen die Kinderpornographie.“

Digitalfunk - G8-Gipfel (Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 27.02.2014)

Die Vorbereitungen aller bayerischen Einsatzkräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) auf den G8-Gipfel am 4. und 5. Juni 2015 im oberbayerischen Ellmau sind in vollem Gange. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Staatssekretär Gerhard Eck haben heute entschieden, das Digitalfunknetz im Oberland vorrangig auszubauen, damit die BOS-Einsatzkräfte optimale Arbeitsbedingungen vorfinden. Herrmann: „Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste beim G8-Einsatz funken dann komplett digital.“

Der Aufbau des Digitalfunknetzes in Bayern schreitet voran und geht nach und nach in Betrieb. „Von den knapp 900 Basisstationen, die bayernweit für ein flächendeckendes Netz benötigt werden, sind 81 Prozent fertiggebaut“, berichtete Eck. Die Netzabschnitte München, Mittelfranken und Oberbayern Nord sind bereits in Betrieb, Unterfranken und das nördliche Schwaben stehen in nächster Zeit zur Inbetriebnahme an. Der Netzabschnitt Oberbayern Süd sollte nach bisherigen Planungen im Herbst 2015 in Betrieb genommen werden. „Jetzt werden wir mit Nachdruck dafür sorgen, dass im gesamten Einsatzbereich schon vor Beginn des G8-Gipfels der Digitalfunk steht“, so Herrmann. Der Umfang und die Bedeutung des G8-Gipfel-Einsatzes erfordern jetzt die Konzentration der Aufbauarbeit auf diesen Einsatzbereich.

Herrmann und Eck stellten aber auch klar, dass es durch die Entscheidung, sich auf den Ausbau des Netzes im bayerischen Oberland zu konzentrieren, voraussichtlich zu Verzögerungen beim Aufbau in anderen Netzbereichen kommen kann. „Für Oberfranken, die Oberpfalz, Niederbayern und das südliche Schwaben könnte sich der Zeitplan um ein paar Monate nach hinten verschieben. Der Umfang und die Bedeutung des G8-Gipfels rechtfertigen aber die Konzentration auf diesen Einsatzbereich.“

Um die Sicherheit rund um den G8-Gipfel zu gewährleisten, wird die Bayerische Polizei Einheiten aus ganz Deutschland samt ihrer Einsatzmittel zur Unterstützung anfordern. „Die meisten funken bereits digital. Deshalb wollen wir den störungsfreien und abhörsicheren Digitalfunk im südbayerischen Raum nun vorrangig aufbauen und in Betrieb nehmen“, so der bayerische Innenminister.

Auch die so genannten Blaulichtorganisationen werden beim G8-Gipfel vor großen Herausforderungen stehen. Die mit der Einführung des BOS-Digitalfunks in Bayern betraute Projektgruppe DigiNet des Innenministeriums wird Feuerwehren und Rettungsdienste im Oberland beraten und intensiv unterstützen, damit sie für den Einsatz ausreichend geschult und rechtzeitig mit digitalen Endgeräten ausgestattet sind.

Sitzung der BG Oberbayern Süd auf der GdP-Landesgeschäftsstelle



Die Kollegen der BG Oberbayern Süd lauschen den Ausführungen des Landesvorsitzenden Helmut Bahr

Ende Februar hielt die BG Oberbayern Süd ihre Vorstandssitzung in der GdP-Landesgeschäftsstelle in München ab und wurde dabei vom Landesvorsitzenden Helmut Bahr persönlich begrüßt. LV Bahr nutzte die Zeit, um den Kollegen der BG Oberbayern Süd über aktuelle Entwicklungen zu berichten. Thema war u.a. eine Information hinsichtlich der Fortentwicklung des Projekts „Neue Uniform“. Darüber hinaus stellte GdP-Organisationssekretär und Geschäftsführer der GdP Service GmbH, Alexander Baschek, die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Geschäftsbereiche vor, um den Kollegen aus Oberbayern einen Eindruck der Arbeit beim Landesbezirk zu vermitteln. Die Vorstandschaft beschäftigte sich in ihrer Sitzung dabei schon ausführlich mit den Vorbereitungen auf den G8-Gipfel 2015 in Schloss Elmau, der sowohl für die BG Oberbayern Süd als auch ganz allgemein für die GdP Bayern eine Menge Arbeit bedeuten dürfte.

Après-Ski-Fahrt der Kreisgruppe Rottal-Inn

Auch in diesem Jahr und mittlerweile zum fünften Mal organisierte die Gewerkschaft der Polizei für alle Skibegeisterten eine Skifahrt in das Skigebiet Planai/Hochwurzen mit anschließendem Après-Ski. Dieses Jahr wurde die Fahrt zum ersten Mal durch die Kreisgruppe Rottal-Inn durchgeführt, nachdem Organisator Christian Danzer von der Kreisgruppe Altötting/Burghausen zur Kreisgruppe Rottal-Inn gewechselt ist. Dadurch vergrößerte sich auch das Einzugsgebiet der Teilnehmer, die von den Dienststellen Pfarrkirchen, Pocking, Simbach a.Inn, Altötting und Mühldorf a.Inn mitfuhren. Wie schon in den letzten Jahren meinte es der Wettergott mit den Skifahrern gut, so dass alle bei blauem Himmel, Sonnenschein, milden Temperaturen und hervorragenden Pistenverhältnissen einen wunderschönen Skitag genießen konnten. Zum gelungenen Abschluss durfte natürlich wie bereits in den letzten Jahren der Besuch der ‚Hohenhaus Tenne‘ zum Après-Ski nicht fehlen. Wer auf der Piste noch nicht ganz auf seine Kosten gekommen war, konnte sich bei besserer Après-Ski-Musik verausgaben. Leider musste wieder viel zu früh die Heimfahrt angetreten werden, was aber die Stimmung nicht trübte, denn es wurde im Bus einfach weitergefeiert. Die Teilnehmer sowie Organisator Christian Danzer freuen sich schon auf eine Wiederholung der Fahrt im nächsten Jahr.





AUF GEHT'S ZUR 5. JAHRESZEIT!

20. März 2014, 19.00 Uhr
Augustiner, Grüner Saal

Fußgängerzone/Neuhauserstr. 27, 80331 München

Mit dabei die **ISARRIDER**

Eintritt: 5,00 Euro Abendkasse, Tischreservierungen 089/998281-1436 oder 0170/8922815

Verantwortung/Organisation BG München und GdP Service GmbH

Wir danken unseren Sponsoren:

SIGNAL IDUNA  **PVAG** 


GdP Service GmbH